

NACHRICHTEN

Ursachen des Memali-Zwischenfalls weiterhin im Dunkeln

Die genauen Ursachen und der Herangang des blutigen Zusammenstoßes zwischen 400 Bauern und 200 Polizisten in Memali/Baling, bei dem 14 Dorfbewohner und 4 Polizisten ums Leben kamen, bleiben für die malaysische Öffentlichkeit weiterhin unklar (vgl. SOA-Informationen Nr.4/85, S.33). Zwar hatte die Regierung am 3. Januar 1986 in einer 40minütigen Fernsehsendung dazu auch 17 Minuten Originalaufnahmen der Polizei gezeigt, die allerdings wenig Aufschluß brachten. Bilder von Frauen und Kindern mit Stöcken, Parangs und anderen Waffen in den Händen werden von Mitgliedern der Regierungspartei als Beispiel dafür angesehen, wozu abweichende Religionslehren führen könnten und daß in solchen Fällen jedwede Maßnahme der Polizei gerechtfertigt sei. Vertreter von Oppositionsparteien hingegen hielten die ganze Sendung für reine Propaganda und forderten die öffentliche Sendung der gesamten Video-Aufnahmen vom Zwischenfall. Chandra Muzaffar von Aliran sah in den Kommentaren der Sendung, daß es das Hauptziel der Regierung gewesen sei, die islamische Oppositionspartei PAS zu diskreditieren, und nicht über die Hintergründe aufzuklären.

Die Regierung hat bereits am 17. Dezember, knapp einen Monat nach dem Zwischenfall, das Verbot von "ceramahs" (= religiöse islamische Vorträge) in den fünf nördlichen Bundesstaaten aufgehoben. Allerdings herrscht in Memali nach wie vor eine Ausgangssperre zwischen 18 und 5 Uhr.

Von den 153 verhafteten Dorfbewohnern (die Zahl wurde auch mit 160 angegeben) waren Mitte Januar erst 46 freigelassen worden. Anfang Februar wurde gemeldet, daß insgesamt 104 freigelassen und 36 nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit ISA festgehalten wurden. Letzteres bedeutet für die Betroffenen, daß sie zwei Jahre ohne Gerichtsverfahren in Haft gehalten werden können, was sich jeweils nach zwei Jahren erneuern läßt. Wo weitere 13 Verhaftete geblieben sind, ist nicht bekannt.

vgl. FEER 16.1.86, S.14; 6.2., S.11; 13.2., S.8; AW 5.1.86, S.15; 19.1., S.9; Aliran Vol.VI Nr.1, S.24+26, Nr.2, S.8+23; IN Nr.7, Feb./Mar. 1986, S.12.

Neuwahlen in Sabah

Nach weniger als einem Jahr Amtszeit beantragte der Ministerpräsident Datuk Joseph Pairin Kitingen die Auflösung des Parlaments am 24.1.86 beim Staatsgouverneur. Mit dessen Unterschrift war der Auflösungsabschluß zwei Tage später rechtskräftig. Die damals erst drei Monate alte Parti Bersatu Saban (PBS) wurde überraschend unter der Führung Pairins im April 1985 stärkste Partei im Parlament des Bundesstaates Sabah (vgl. SOA-Informationen 2/85, S.25). PBS hatte zuletzt 34 Sitze im Parlament, die United Sabah National Organisation (USNO) unter Tun Mustapha Harun 16, die frühere Regierungspartei Berjaya 3. Nach Berichten sollen parteiinterne Konflikte dazu geführt haben, daß sechs Mandatsträger der PBS mit Rücktritt drohten, was vermutlich Pairin zur Auflösung des Parlaments veranlaßte.

Noch am 25. Januar 1986 hatte PBS bei Nachwahlen in vier Wahlkreisen zwei Mandate gewinnen können. Sie wurden vorher von Überläufern aus der USNO und Berjaya zur PBS vertreten. Diese hatten vor den Wahlen im April 1985 nicht datierte Rücktrittserklärungen unterschrieben, die in den Händen der Parteien blieben, denen sie seinerzeit angehörten. USNO und Berjaya legten diese nachträglich datierten Rücktrittserklärungen dem Parlamentspräsidenten, der von Berjaya gestellt wird, vor, woraufhin die Wahlkommission Nachwahlen beschloß. Der Sieg von PBS in zwei Wahlkreisen war zwar einerseits eine Bestätigung der Regierungspartei, andererseits hatte sie zwei Sitze weniger im Parlament, da sie wieder an USNO gingen.

vgl. FEER 6.2.86, S.38; 6.3.86, S.10, AW 9.2.86, S.29.

Sim Kie Chon hingerichtet

Am 4. März wurde Sim Kie Chon hingerichtet. Zwei Tage zuvor wurde seine Familie aufgefordert, ihn zum letzten Mal zu besuchen. Trotz weltweiten Protests, u.a. auch von den SPD-Abgeordneten, dem Menschenrechtsausschuß der SPD-Bundestagsfraktion und Abgeordneten der Fraktion der Grünen im Bundestag am 3. März, vollstreckten die malaysischen Behörden das im Juni 1983 verkündete Todesurteil wegen ungesetzlichen Besitzes eines Revolvers nach ISA und dem ESCAR-Verfahren. Sims Berufung wurde vom Bundesgerichtshof im Oktober 1983 abgelehnt. Sein Gesuch auf Begnadigung und Umwandlung des Urteils in eine Haftstrafe wurde ebenfalls im April 1985 abgelehnt. Am 3. Juli sollte das Urteil vollstreckt werden, wurde aber einen Tag vorher aufgrund

Austritt aus dem Zinn-Kartell gefordert

Kurz nach der Wiedereröffnung des Kuala Lumpur Zinn-Marktes am 3. Februar 1986 wurde in der Zeitschrift "Malaysian Tin", herausgegeben von der Tin Industry Board, ein Artikel veröffentlicht, der den Austritt Malaysias aus dem International Tin Council (ITC) fordert. Im Oktober 1985 konnte ITC keine Zinnankäufe an der Londoner Metall-Börse zur Stabilisierung des Zinnpreises mehr tätigen, da die Banken die Finanzierung einstellten. Das führte zur Schließung der Metallbörse am 24.10.85 (vgl. SOA-Informationen 4/85, S.35). Sie wurde bisher nicht wieder geöffnet.

Pläne, wonach eine neu zu bildende Gesellschaft die Puffer-Bestände des ITC übernehmen sollte, würden Malaysia viel zu teuer kommen. Statt dessen sollte die Regierung vorübergehend einheimische Bestände selber aufkaufen, bis der Zinn Weltmarkt sich wieder erholt hat und die Nachfrage steigt.

Bei der unterschiedlich hohen Produktivität malaysischer Zinnminen muß jedoch damit gerechnet werden, daß eine Reihe von ihnen die Produktion einstellen wird. Nach Angaben der Regierung würden von den 480 im Oktober 1985 bestehenden Unternehmen bei einem Preisverfall von 1 kg Zinn unter 14 M\$ lediglich 22 lebensfähig bleiben. Am 6.2.86 wurde in Kuala Lumpur 1 kg Zinn zum Preis von 17,20 M\$ gehandelt, zur gleichen Zeit im Vorjahr zum Preis von 29,25 M\$.

Die Zinnkrise hat für Malaysia nicht mehr die wirtschaftlichen Auswirkungen wie noch vor 16 Jahren. Damals machte Zinn 20% der Exporte aus, 1984 nur noch 4%.

vgl. FEER 20.2.86, S.74/75.

einer Klage gegen den Begnadigungsausschuß und die Regierung Malaysias vor Gericht aufgeschoben (vgl. SOA-Informationen 3/85, S.32). Sim wies in der Klage auf den § 8 der Verfassung hin, welcher eine Gleichbehandlung vor dem Gesetz garantiert, die ihm nicht gewährt wurde. Außerdem warf er dem Begnadigungsausschuß Voreingenommenheit gegen sich vor, weil der Ausschuß einen ehemaligen Minister Dato Mokhtar Hashim begnadigt hatte. Mokhtar hatte nachgewiesenermaßen einen politischen Gegner erschossen, wohingegen er die Waffe nicht einmal gebraucht hatte. Die Klagen wurden auch in den weiteren Instanzen abgewiesen, da die Gerichte die Auffassung vertraten, daß Begnadigungsentscheidungen des dafür zuständigen Ausschusses nicht ge-

richtlich anfechtbar und Verfassungsbestimmungen unterzuordnen seien.

In der malaysischen Öffentlichkeit wurde der Fall mit Besorgnis aufgenommen. Die Anwaltskammer, Gewerkschaften, politische Parteien, Handelskammern und eine Reihe von anderen Organisationen unterstützten Sims Gnadengesuch. Insbesondere auch die Anwaltskammer kritisierte die Vorgehensweise und die Zusammensetzung des Begnadigungsausschusses. Aufgrund von Äußerungen auf einer Pressekonferenz in diesem Zusammenhang wurde dem Anwalt Param Cumaraswamy, der in seiner Eigenschaft als Vize-Präsident der Anwaltskammer sprach, eine Klage wegen Volksverhetzung angehängt. Am 25.1.1986 wurde er allerdings von der Klage freigesprochen

vgl. FEER 13.2.86, S.8; Asia-Yearbook 1986, S.187; eigene Quellen.

Veranstaltung zum Tag der Menschenrechte

Auf Initiative der im Juli 1985 gegründeten "Bewegung für Freiheit und Gerechtigkeit" (vgl. SOA-Informationen 3/85, S.32) wurde am 8.12.1985 eine öffentliche Veranstaltung zum Tage der Menschenrechte durchgeführt. Die "Bewegung für Freiheit und Gerechtigkeit" wird von 16 Organisationen und Oppositions-Parteien getragen. Zwölf Vertreter dieser Organisationen wie auch die Frau des im März 1985 nach dem Gesetz der Inneren Sicherheit (ISA) verhafteten Rechtsanwaltes und Mitgliedes der Parti Islam SeMalaysia (PAS) (vgl. SOA-Informationen 2/85, S.26) sprachen vor rund 120 Teilnehmern. Im Mittelpunkt der Kritik der verschiedenen Redner stand das Festhalten der Regierungsparteien an einer Reihe von repressiven Gesetzen, welche der Bevölkerung die Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft verweigerten. Es handelt sich dabei um das Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA), das Geheimnis-Gesetz, das Universitäts-Gesetz, das Vereinsgesetz, das Druck- und Publikations-Gesetz, das Gewerkschaftsgesetz und das Aufruhr-Gesetz. Das ISA bildet sozusagen das Kernstück dieser repressiven Gesetze (vgl. Dokumentation) wonach zur Zeit mindestens 180 Menschen ohne Anklage und Gerichtsverfahren in besonderen Internierungslagern (detention camps) festgehalten werden.

In einem offenen Brief, der aus einem sogenannten "Rehabilitations-Zentrum" der Polizei bei Kuala Lumpur herausgeschmuggelt wurde, an das Vorbereitungskomitee des Tages der Menschenrechte, berichteten zehn Gefangene, daß alle mindestens schon sechs Jahre, zwei von ihnen bereits über zehn Jahre ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden. Nach ihrer Darstellung werden sie so lange festgehalten, weil sie

sich weigern, Geständnisse oder Gnadengesuche zu schreiben. Die Sonderabteilung der Polizei (Special Branch) habe ihnen mehrfach gesagt, daß ihre Weigerung, ein Geständnis oder ein Gnadengesuch zu schreiben, bedeuten würde, daß sie gegen das ISA seien. Würde die Regierung sie frei lassen, gäbe sie damit zu, daß die Verhaftung nicht gerechtfertigt gewesen sei, was sie aber niemals tun würde. Die Regierung würde sich nicht trauen, ein ordentliches Gerichtsverfahren gegen sie einzuleiten, was sie immer wieder gefordert haben.

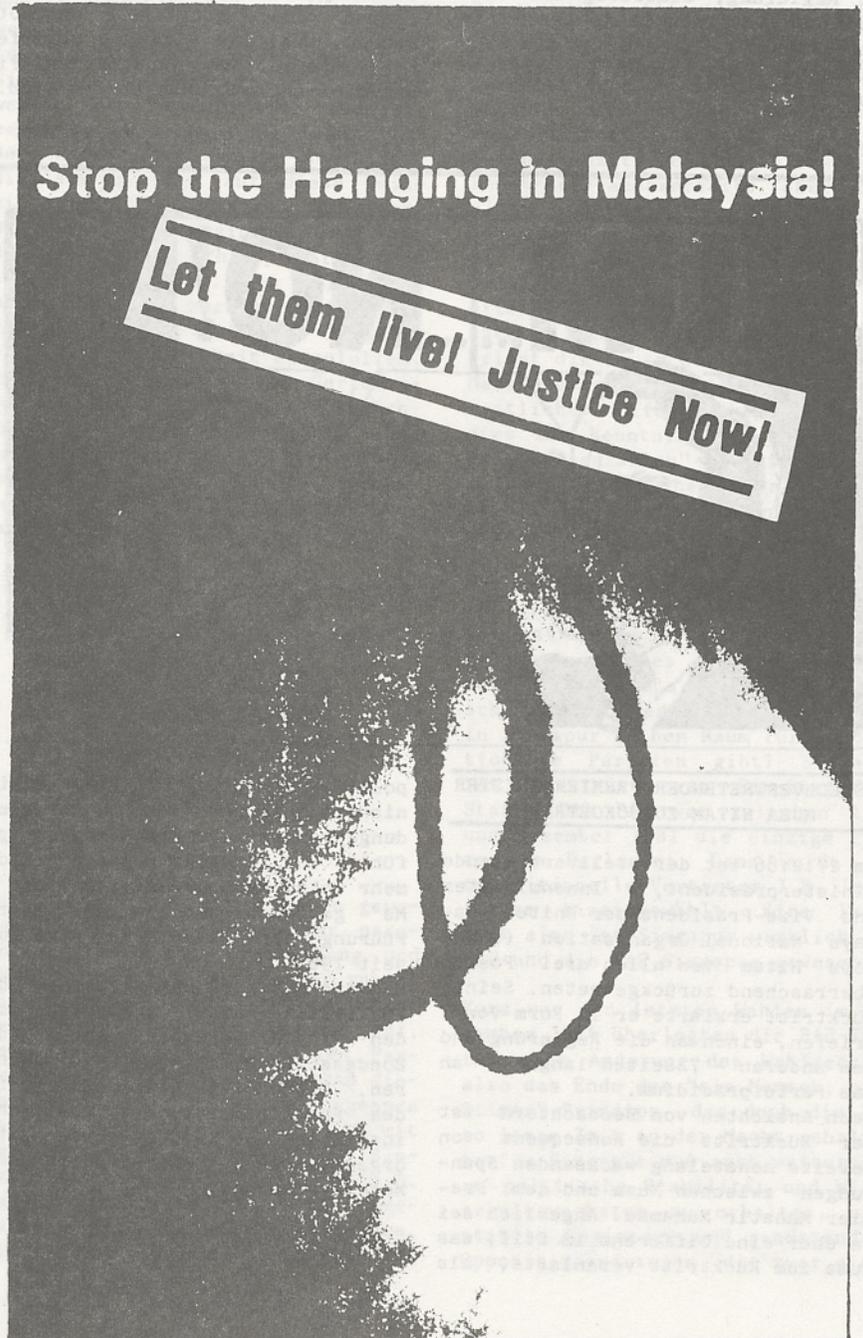
Dr. Chandra Muzaffar, der dem Aktionsausschuß der Bewegung vorsitzt, bedauerte die geringe Anzahl von Teilnehmern an der Veranstaltung und forderte die zusammenarbeitenden Organisationen zu größeren Anstrengungen auf, ihre Mitglieder zur aktiven Teilnahme an der Bewegung zu veranlassen. Sie sollten alle Möglichkeiten und Wege nutzen, seien sie noch so gering,

die Bevölkerung über die Notwendigkeit des Kampfes gegen Unterdrückung und ungerechte Gesetze zu informieren. In einer Presseerklärung beschrieb Dr. Chandra als Sprecher der "Bewegung für Freiheit und Gerechtigkeit" die Veranstaltung als "gemeinsamen Protest über alle ethnischen und ideologischen Grenzen hinweg gegen die zunehmend autoritärer werdende Regierung. Es spiegelt das wachsende Bewußtsein der Bevölkerung wider, daß es Individuen und Gruppen in der Hochburg der Macht gibt, die eine große Bedrohung für Freiheit und Gerechtigkeit in der malaysischen Gesellschaft darstellen. Es war eine Demonstration der Entschlossenheit von fühlenden, besorgten und denkenden Malaysiern, ihre Freiheit und Menschenwürde zu verteidigen".

vgl. Aliran, Vol.VI, Nr.1, S.17f.; englische Übersetzung des offenen Briefes der Gefangenen vom Nov.85.

Stop the Hanging in Malaysia!

Let them live! Justice Now!



Rund 100 000 Entlassungen 1985

Der Malaysian Trade Union Congress (MTUC) schätzt, daß auf der malaysischen Halbinsel rund 100 000 Beschäftigte arbeitslos geworden sind. In den letzten drei Jahren sind 15 000 in der Textilbranche, jeweils 14 000 in der Elektronik Branche und den Zinnminen, 9 000 in der Holzindustrie, 6 200 im Baugewerbe und 6 000 auf den Kautschuk-Plantagen arbeitslos geworden. Regierungsstellen schätzen die Zahl auf 21 000 insgesamt. Hinzu kommen 50 000 bis 70 000 malaysische Arbeiter, die in Singapur im Baugewerbe und der Werftindustrie ihre Arbeit verloren. Die Arbeitslosenquote wird für 1985 auf 7% geschätzt und für 1986 rechnet man mit 7,5%. Andererseits hatte es im Juni 1985 allein 360 000 offene Stellen auf den Plantagen gegeben und mindestens 400 000 ausländische Arbeitskräfte - viele illegal und meist aus Indonesien - arbeiteten auf Plantagen und im Baugewerbe. Der MTUC Vorsitzende kritisierte die Regierung, einseitig auf ausländische Unternehmen in den Freihandelszonen zu setzen und die einheimischen Unternehmen zu vernachlässigen

vgl. AW 9.2.86, S.30/40.

SEL baut landesweites Ultrakurzwellen-Kommunikationsnetz

Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) erhielt 1984 einen 600 Mio.DM-Auftrag zur Errichtung eines landesweiten Ultrakurzwellen-Kommunikationsnetzes gegen japanische und französische Konkurrenz. 2 500 Relais-Sender für digitale und analoge Sendung für Telefon, Fernsehen und Datenübermittlung sollen im ganzen Land, z.T. in schwer zugänglichen Dschungel-Gebieten aufgestellt werden. Solarstationen sollen die Energieversorgung übernehmen. Bis Ende 1985 waren 60% der Vermessungsarbeiten bereits durchgeführt. Die ersten Bauarbeiten begannen im Nov.1985 und werden von der Firma Ed. Zublin AG übernommen. Das gesamte Projekt ist ein Dreiecks-Projekt. SEL verkauft die Ausrüstung usw. an eine japanische Leasing-Firma, welche an die malaysische Telefongesellschaft Telecoms weiterverkauft und die gesamte Finanzierung regelt. Dieses Verfahren ist Resultat des heftigen Konkurrenzkampfes. Japanische Leasing-Firmen können günstigere Angebote machen, weil sie nicht so scharfen Bestimmungen des japanischen Finanzministeriums unterworfen sind.

vgl. MB 16.Jan.1986, S.76/77.

"Mimbar Socialis" und "Inside Asia"

Die Parteizeitung "Mimbar Socialis" der Parti Sosialis Rakyat Malaysia (PSRM) hat von Januar 1986 an ihre Veröffentlichungsgenehmigung entzogen bekommen. Nach malaysischem Recht müssen regelmäßige Publikationen jährlich eine behördliche Genehmigung einholen. Es steht im Ermessen der Behörde, eine solche Genehmigung zu erteilen oder zu verweigern. Die rechtlichen Möglichkeiten gegen eine solche Entscheidung anzugehen sind begrenzt.

Die in London erscheinende Zweimonatszeitschrift "Inside Asia" durfte auf Anweisung der Special Branch (Sonderabteilung der Polizei) im Dezember 1985 in Malaysia nicht ausgeliefert werden. Eine Begründung dafür wurde nicht gegeben. In einer Presseerklärung der Redaktion wird vermutet, daß der Grund dafür in einigen kritischen Artikeln über Malaysia, die z.T. von angesehenen Malaysiern geschrieben waren, zu suchen ist. Sie weisen darauf hin, daß "Inside Asia" bisher in alle asiatischen Länder ausgeliefert werden durfte.

vgl. Aliran Vol.VI, Nr.2, S.26; Presseerklärung von IN vom 21.1.86.

STELLVERTRETENDER PREMIERMINISTER MUSA HITAM ZURÜCKGETRETEN

Am 27.2.86 ist der stellvertretende Ministerpräsident, Innenminister und Vize-Präsident der United Malays National Organisation (UMNO) Musa Hitam von allen drei Posten überraschend zurückgetreten. Seinen Rücktritt erklärte er in Form von 2 Briefen, einen an die Regierung und den anderen - 7 Seiten langen - an das Parteipräsidium. Nach Ansichten von Beobachtern ist der Rücktritt die Konsequenz von bereits monatelang wachsenden Spannungen zwischen Musa und dem Premier Mahatir Muhamad. Angeblich sei es eher eine Differenz im Stil, was Musa zum Rücktritt veranlaßte, als

politische Inhalte. Musa hätte sich nicht ausreichend bei den Entscheidungsprozessen miteinbezogen gefühlt und deshalb könne er nicht mehr unter Mahatir arbeiten. Die "2 Ms" galten bisher als die starke Führung der malaysischen Regierung seit 1981.

Mahatir hat nach Bekanntwerden des Rücktritts sofort ein Treffen mit den 10 Ministerpräsidenten der Bundesstaaten, die der UMNO angehören, einberufen sowie ein Treffen des Parteipräsidiums. Musa hat inzwischen das Land zu einer hastig organisierten Pilgerfahrt nach Mecca verlassen.

- vgl. AW 9.3.86, S. 44

Worüber wir nicht berichteten ...

- Mahatirs Besuch in der VR China (FEER 12.12.86 S.42f; MB 16.12.86 S.42f)
- Mahatirs PR Kampagnen in Vorbereitung auf Neuwahlen (AW 9.2.86 S.27-37, 23.2.86 S.24 + 29, FEER 20.2.86 S.24+26)
- Seminar der Consumers Association Penang (CAP) über ländliche Entwicklung in Malaysia (MB 16.12.85 S.25/26)
- Eigene Entwicklung eines 3000 t Schiffes für einheimische Gewässer (ME 1.2.86 S.18f)

Literaturhinweise

Cheah Boon Kheng, Hobsbawm's Social Banditry, Myth and Historical Reality. A Case in the Malaysian State of Kedah 1915-1920 in: BCA Vol.10/1985, No.4, S.34-51

James Clad, Sabah (wirtschaftliche Entwicklung) in: FEER 6.2.86 S.64-69

Gurmit Singh, A slow stirring of environmental concern, in: FEER 19.12.85 S.30f

dgl., Environmental Technology Transfer/Innovations - EPSM Assessment, in: AS Vol.10 1985 No.4., S.14-16

Salmo Lindo, Retrenchment, in: Aliran Vol. V, No.12, 1995, S.2-4

Suhaini Aznan, James Clad, Überblick über die politische Situation in Malaysia, in: FEER 2.1.86, S.20-27

K.K.Tan, Assesment of the Envirowalk Project, in: AS Vol.10/85 No.4, S.2-5

Sim Kwang Yong, Recipe for Disaster - The Aluminium Smelter and the Bakun Dam Projects in Sarawak, in: AS Vol.10/85, No.4 S.6-8

o.V. Malaysian Women Today, in: Aliran Vol.VI/86 No.1, S.2-3

o.V. Public Service in Malaysia, in: Aliran Vol.VI/86 No.2, S.17-19

o.V. New Villages, in: MB 16.12.85, S.44-54

o.V. Malaysia in: Asia Yearbook 1986, S.185-192